

# Tritt auf die Euphoriebremse

Von Jan Fuhrhop

**Hildesheim.** Soll Hildesheim sich für den Titel der europäischen Kulturhauptstadt bewerben? Wer will, kann seit kurzem auf der Internetseite [hi2025.de](http://hi2025.de) ganz einfach seine Stimme dafür abgeben (der KEHRWIEDER berichtete). Per Mausclick, dazu dann noch ein Foto von sich hochladen und schon bekennt man sich.

Volker Spieth und Stephan Lenz beobachten die Entwicklung mit einiger Skepsis. Sie zeigen nun auch Gesicht und nehmen in Kauf, dass sie bei manchem als phantasielose Spielverderber gelten könnten. Die beiden sind

die Diskussion über die Zukunft der Stadt und wie diese aussehen könne, verfolgen die beiden Finanzler eher argwöhnisch. „Aus einem einmal begonnenen Prozess wieder auszusteigen ist ungleich schwieriger, wenn man erst einmal gestartet ist und Geld in die Hand genommen hat.“

Das abgelaufene Jubiläumswahljahr bewerten Lenz und Spieth rückblickend als insgesamt gelungen – weisen aber auch auf die enormen, auch finanziellen, Anstrengungen hin, die dafür erforderlich waren. Sie halten es angesichts der bevorstehenden finanziellen Herausforderungen für die Stadt und der Belastungen für die Bür-

Das Thema dürfte im Kommunalwahlkampf eine wichtige Rolle einnehmen – die CDU hat sich für eine Bewerbung Hildesheims ausgesprochen.

Die städtische Finanzdezernentin teilt die Einschätzung Spieths und dessen Kollegen Lenz, wie im Gespräch mit dem KEHRWIEDER klar wird. Eine Diskussion über die kulturpolitische und gesellschaftliche Entwicklung Hildesheims sei auf jeden Fall wichtig und wünschenswert, so Kuhne. Wenn sich Bürger dafür engagierten, sei dies „eine sehr lobenswerte Initiative“. Aber: „Ich sehe keinerlei Spielraum, dass sich die Stadt daran in irgendeiner Weise finanziell beteiligt.“ Das Budget für freiwillige Leistungen sei schon jetzt „überreizt“. Sie könne sich auch nicht vorstellen, dass die Kommunalaufsicht des Landes angesichts der Sparauflagen eine Bewerbung Hildesheims als richtiges Signal deuten würde, so Kuhne.

Einer, der auf [hi2025.de](http://hi2025.de) inzwischen auch sein Gesicht zeigt und für eine Bewerbung geklickt hat, ist ein ehemaliger Kollege Kuhnes: der frühere Kulturdezernent und aktuelle stellvertretende SPD-Stadtverbandsvorsitzende Dirk Schröder. Im vergangenen Jahr hatte er sich im Gespräch mit dem KEHRWIEDER klar gegen eine aktive Rolle der Stadt für eine Bewerbung ausgesprochen. Im Interview sagte er: „Man muss realistisch an die Sache herangehen und sehen, dass wir uns das zurzeit nicht leisten können. Dafür habe ich in dieser Stadt zu viele Aufgaben in unterschiedlichen Bereichen und sehe, wo überall Geld wirklich dringend nötig ist, als dass ich mit großer Begeisterung aufspringe und rufe: Ja, das machen wir. Aber wenn es den Politikern gelingt, das nötige Geld aufzutreiben, stehen wir natürlich zur Verfügung und sind dabei.“

Sein jetziges Bekenntnis auf der Kampagnen-Homepage sieht er nicht im Widerspruch zu seiner damaligen Aussage, wie er gegenüber dem KEHRWIEDER betont: „Es gibt jetzt ganz neu eine Bürgerbewegung im positiven Sinne, ein Verein, der sich auf den Weg macht für die Kultur. Man möchte die Stadt kulturell aufwerten, ihr mehr Gewicht geben, austarieren, was für die Zukunft möglich ist. Das ist gut und richtig. Wer der Meinung ist, dass die Stadt Hildesheim die Europäische Kulturhauptstadt finanziell meistern kann, wird vermutlich schnell enttäuscht werden. Aber der Prozess des Entwickelns, des gemeinsamen an einem Ziel arbeitens und des Einsatzes für die Kultur ist etwas, das ich gut finde und gerne unterstütze.“



*Stephan Lenz (links) und Volker Spieth zeigen Gesicht und nehmen in Kauf, dass sie womöglich als Bremser und Spielverderber gelten: Die Finanzpolitiker der SPD- und der Grünen-Fraktion warnen vor zu viel Euphorie in Sachen Kulturhauptstadt. Foto: Fuhrhop*

die finanzpolitischen Sprecher der Grünen- und SPD-Fraktionen, die im Stadtrat eine Mehrheitsgruppe bilden und finden, es sei an der Zeit etwas auf die Euphoriebremse zu treten. „Kultur ist wichtig und der Titel wäre toll“, sagt Lenz. Aber Spieth und er fürchten, dass der Prozess eine Dynamik bekommt, die den Blick verengt und mahnende Stimmen ignoriert. Dass Befürworter einer Bewerbung den Hinweis auf die angespannte Haushaltslage der Stadt mitunter als „Totschlagargument“ abwerteten und nicht ernst nähmen, findet Spieth „völlig daneben.“

Lenz und er erinnern an den noch bis 2024 laufenden Zukunftsvertrag mit dem Land, der der Stadt strenge Vorgaben macht, etwa die Summe der freiwilligen Leistungen auf elf Millionen deckelt. „Gäbe es einen Mäzen, der sagt: Komm, ich bezahl das alles, hätten wir kein Problem mit einer Bewerbung“, sagt Lenz. Doch die Erfahrung zeige, dass privates und Fördergeld meist nur fließe, wenn auch die Kommune ihren Teil beiträgt. Auch den Hinweis aus der Pro-Bewerbungskampagne, es gehe vor allem um den Prozess der angeschoben werden solle, um

ger wie etwa durch hohe Grundsteuern, für das falsche Signal, an das nächste Riesenprojekt zu denken. „Dieser Plan, so verlockend er ist, blendet die finanzielle Realität aus“, sagt Spieth. Er mahnt: „Jeden Euro, den die Stadt für ein Bewerbungsverfahren ausgeben würde, müssten wir anderer Stelle einsparen.“

Über die Kosten eines Bewerbungsverfahrens gibt es verschiedene Schätzungen und Erfahrungen aus anderen Städten. Der frühere Chef von Hildesheim Marketing, Lothar Meyer-Mertel, kalkulierte einmal mit rund 850.000 Euro, die Stadt Nürnberg, die sich für den Titel 2025 bewerben will, rechnet mit bis zu fünf Millionen Euro, die für Personal, Öffentlichkeitsarbeit und Studien aufgebracht werden müssten, um bis 2019 eine Bewerbung einreichen zu können.

Die Hildesheimer FDP hat sich bereits dafür ausgesprochen, einen Bürgerentscheid zum Thema zu initiieren. Spieth und Lenz können sich mit dieser Idee durchaus anfreunden. „Dann muss offen und transparent ohne Vorfestlegung über die Möglichkeiten der Stadt diskutiert werden“, fordert der Grünen-Ratsherr.